

**Resolution der 9. Bundesdelegierten-Versammlung des Frauenverbandes
Courage e.V. zu den Menschenrechten der Flüchtlinge in Deutschland**

Wir, die 66 Delegierten und die Frauen des Verbandes aus ganz Deutschland fordern die Bundesregierung in Deutschland auf, die Grundrechte für die Flüchtlinge nach Artikel 1, 2 und 3 des Grundgesetzes einzuhalten.

Es kann nicht sein, dass ein Land wie Deutschland sich demokratische Werte auf die Fahne schreibt und gleichzeitig tagtäglich die Menschenrechte von Flüchtlingen mit Füßen tritt und sich in die Angelegenheiten anderer Länder einmischt und somit auch dort für Unruhe und Unterdrückung sorgt.

Nach Artikel 3 des Grundgesetzes „sind alle Menschen gleich; niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden“.

Das Massensterben von tausenden von Flüchtlingen auf dem Weg nach Europa ist eine Verletzung der Menschenrechte und eine humanitäre Katastrophe. Es ist ein Verbrechen an den Schutzsuchenden, wenn sie gezwungen sind diese gefährlichen Fluchtwege zu wagen, denn sie bekommen kein Einreisevisum im Heimatland. Die Ursache dieses entsetzenden Massensterbens ist das Ergebnis der Flüchtlingspolitik der Europäischen Union, die wir auf schärfsten kritisieren. Menschen fliehen aus ihren Ländern wie z.B. aus Afghanistan, weil sie dort ihrer Lebensgrundlagen beraubt werden und ihre Menschenrechte täglich missachtet werden. Deutschland mischt dabei militärisch noch kräftig mit, ohne eine Verbesserung für die Bevölkerung zu erreichen.

Deshalb fordern wir:

- einen sicheren Aufenthalt und Asylrecht auf antifaschistischer Grundlage für alle Menschen, die bei uns Schutz und Zuflucht suchen.
- die Abschaffung der Monate lange Prüfung der Beschäftigungserlaubnis für Flüchtlinge. Ein sofortiges Recht auf Arbeit für sie.
- eine umfassende medizinische und psychische Versorgung mit Krankenkassen-Karte
- freie Ort und Wohnungswahl für Flüchtlinge
- eine menschliche Flüchtlingspolitik auf Europaebene durchsetzen
- Deutsche Truppen raus aus anderen Ländern!

(einstimmig verabschiedet, 14.06.2015, durch 9. Bundesdelegierten-Versammlung des Frauenverbands Courage e.V.